
Protokoll der Delegiertenversammlung vom 27. Oktober 2001

Tagespräsident: Ernst Ritzi, Kantonsrat der Grünen des Kantons Thurgau

Dauer: 12.30-17.00 Uhr

1. Begrüssung

Ernst Ritzi begrüsst die Delegierten im Namen der Thurgauer Grünen ganz herzlich in Frauenfeld.

Für die DV entschuldigt haben sich folgende Personen: Alex Martinovits (ZH), Marie Schaffner (Vorstand Europäische Grüne).

Ines Rusca, Grossratspräsidentin des Kantons begrüsst die Delegierten im Namen des Grossen Rates im geschichtsträchtigen Rathaus.

Ruedi Baumann weist in seiner letzten Rede als Präsident der Grünen darauf hin, dass gerade in diesen schwierigen Zeiten die politische Schweiz gefordert ist.

Die Partei selber brauche neue Ideen, neues Engagement, eine neue Parteispitze und neue und mehr Leute an der Basis. Nach guten Jahren an der Spitze der Partei ist er immer noch der Überzeugung, dass es die Grünen und ihre solidarische, ökologische und sorgfältige Politik mehr denn je braucht.

Erica Hennequin ruft die Delegierten zu engagiertem Einsatz gegen den Krieg in Afghanistan auf.

2. Statutarisches

Als Stimmzähler gewählt werden Markus Portmann, Myrta Giovanoli, Olivier Perroud, Herbert Büehl, Cécile Bühlmann.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 10. März auf dem Monte Generoso wird genehmigt.

Nachwahl in den Vorstand

Vorgeschlagen ist Stefan Krebs als Nachfolger von Werner Nussbaumer (TI).

Stefan Krebs stellt in einem Kurzreferat eine neue Technologie vor, die die Umlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene erleichtern würde (Cargosprinter).

Stefan Krebs wird einstimmig gewählt.

Beobachterstatus Demokratisches Nidwalden

Balz Wolfisberg stellt das Demokratische Nidwalden vor. Das DN ist gut in der Nidwaldner Politik verankert, engagiert sich für eine intakte Umwelt und solidarische Verteilung der Güter und sucht, da sich die Bewegung auch immer mit Bundesthemen beschäftigt hat, die nationale Vernetzung. Die Nidwaldner beantragen deshalb den Beobachterstatus und machen sich so zu ihrem 20. Geburtstag ein Geschenk.

Das Demokratische Nidwalden wird mit herzlichem Applaus als Beobachter willkommen geheissen.

Herbert Karch (GFL BE) will dem Vorstand den Auftrag erteilen, auch die Sozialistische Grüne Alternative Zug bei den Grünen einzubinden.

Heidi Rebsamen (GB LU), berichtet, dass die Zuger noch unentschieden sind zwischen SP und den Grünen und rät, noch zuzuwarten.

3. Informationen

Cécile Bühlmann, Bericht aus der Fraktion

Die Fraktion haben die Ereignisse der vergangenen Wochen (New York, Zug) sehr beschäftigt.

Im Parlament wurde die Diskussion um die Sterbehilfe, in der die Fraktion nicht einer Meinung ist, vertagt. Andere Geschäfte, deren öffentliche Diskussion der Fraktion sehr am Herzen lagen, wurden nicht behandelt (Sans-Papiers) und in der Swissair-Debatte wurde die Position der Grünen in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Ruth Genner zur Swissair und zum Flughafen Zürich.

Grundsätzlich geht es den Grünen um Menschen und nicht um Maschinen, Staatsgelder sind allenfalls für Sozialpläne und Umschulung einzusetzen, nicht für eine neue Airline. Wir Grünen unterstützen nur Flüge im interkontinentalen Bereich (bis 1000 km die Bahn). Die Grünen haben sich auch immer gegen die Privatisierung des Flughafens ausgesprochen. Der jetzige Flughafen sollte redimensioniert werden, ein HUB ist ökologisch nicht sinnvoll.

Silvia Kamm (Kantonsrätin ZH) erklärt auf Anfrage, dass Daniel Vischer als VPOD-Präsident in der Swissair-Geschichte zwar stark involviert ist, sich aber nicht als Grüner dazu äussert.

Luc Recordon (VD) weist daraufhin, dass die Kantone auch involviert sind, dass sich also jede Sektion zum Thema kritisch äussern kann.

Maja Graf berichtet von BL, wo die Regierung 5 Millionen für die neue Airline zur Verfügung stellen will. Die Grünen können das Referendum aber nicht ergreifen, da sie die Abstimmung zum Flughafenausbau verloren haben.

4. Rechnung 2000 /Budget 2002

Hans Beat Schaffner legt die Rechnung 2000 vor. Es gelang, den Schuldenberg abzubauen. Dies unabhängig von den höheren Beiträgen des Bundes an die Parteikasse!

Martin Bischof, Revisor liest den Revisorenbericht vor.

Die Rechnung wird einstimmig genehmigt.

Budget 2002

Die Einnahmenseite hat sich schon 2001 gebessert, die Schulden wurden ebenfalls im Jahr 2001 abgetragen. Für 2002 steht wieder mehr Geld zur Verfügung, das für einen neuen Internetauftritt, aber auch für Rückstellungen für das Wahljahr 2003 verwendet werden soll.

Pierre Santschi will wissen, weshalb beim Konto Übersetzung ein relativ kleiner Betrag eingesetzt ist. Er schlägt zudem eine Entschädigung für die Delegierten vor.

Hans Beat Schaffner erklärt, dass Übersetzungen intern gemacht werden. Was die Delegierten anbetrifft, so hat der Vorstand beschlossen, ihnen Fr. 20.- in Form von Reisegutscheinen als Entschädigungen zu entrichten.

Guido Wicki stellt den Antrag, auf diese Rückerstattungen zu verzichten. Nur 5 Delegierte unterstützen den Antrag, die grosse Mehrheit spricht sich für die Entschädigung aus.

Das Budget 2002 wird mit grossem Mehr gegen eine Stimme genehmigt.

5. Abstimmungen über die Initiative „Energie statt Arbeit besteuern“

Ruedi Baumann: die Initiative ist gut für die Umwelt und gut für das Portemonnaie. Sie ist eine taugliche Verfassungsgrundlage für eine umfassende ökologisch-soziale Steuerreform. Es gilt, diesem Zukunftsprojekt zum Durchbruch zu verhelfen!

Hubert Zurkinden ruft auf zum Engagement in den Kantonen!

6. Wahl Präsidium Grüne Schweiz

Cécile Bühlmann dankt Ruedi für sein Engagement an der Spitze der Partei. Als richtiger Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort ist es Ruedi gelungen, die Partei zu einen. Er hat oft sehr provokativ seine Position markiert, faire Debatten waren mit ihm aber immer möglich.

Werner Ulrich überreicht Ruedi im Namen des Vorstandes biologisches Saatgut, die Partei schenkt Ruedi eine Reise nach Barcelona – natürlich eine Zugreise und selbstverständlich für zwei Personen!

Hubert Zurkinden berichtet aus der Arbeitsgruppe, die zur Nachfolgeregelung eingesetzt wurde. Verschiedene Vorschläge aus den Kantonen sind eingegangen (Details siehe Protokoll Vorstandssitzung vom 29. 9.01). Einzelne KandidatInnen knüpften ihre Kandidatur an bestimmte Bedingungen, die sich nicht erfüllten, andere, von den Kantonen Vorgeschlagene, haben von sich aus auf eine Kandidatur verzichtet. Schliesslich konnte die Arbeitsgruppe dem Vorstand Ruth Genner und Patrice Mugny als Ko-PräsidentIn vorschlagen. Der Vorstand hat mit 17 Ja bei zwei Enthaltungen diesen Vorschlag gutgeheissen. (Über das Vizepräsidium wird der Vorstand am 8. November beraten.)

Silvia Kamm (ZH) stellt den Delegierten anschliessend Ruth Genner vor, Anita Frey (GE) präsentiert Patrice Mugny.

Luzius Theiler bedauert, dass nicht mehr Kandidaten zur Wahl stehen.

Erica Hennequin, Vizepräsidentin und Mitglied der Arbeitsgruppe, erklärt, dass auch die AG gerne eine Auswahl präsentiert hätte, es waren aber die KandidatInnen, die sich zurückgezogen haben.

Pierre Santschi kritisiert das grosse Gewicht, das bei diesem Wahlvorschlag der Fraktion zukommt.

Anschliessend werden Ruth und Patrice einstimmig gewählt!

Ruth dankt für die Wahl. Ruft alle auf zur Mitarbeit auf allen Ebenen. Politik muss täglich umgesetzt, gelebt werden. Global denken, lokal handeln ist immer noch hochaktuell. Das Co-Präsidium ist eine neue Form, Form der Stärke, schafft eine Klammer von St. Gallen nach Genf.

Neue Pläne von Ruth und Patrice: Einsetzen einer groupe de réflexion, Einführen einer PräsidentInnenkonferenz, mit der die Ressourcen in den Kantonen noch besser genutzt werden können. Gesucht ist zudem eine enge Zusammenarbeit mit NGOs.

Auch Patrice bedankt sich für die Wahl. Er lobt das hohe Diskussionsniveau bei den Grünen, das auch wichtig ist in Zukunft. Die Grünen sind die einzige Partei, die eine globale Kohärenz, eine globale Vision hat und das Recht aller auf ein würdiges Leben vertritt. Wir Grünen sind auch integriert in eine weltweite soziale Bewegung, das Forum in Porto Alegre hat dies eindrücklich gezeigt.

7. Abstimmungen vom 2. Dezember

Solidarität schafft Sicherheit. Für einen zivilen Friedensdienst

Fernand Cuche stellt die Initiative vor, die in Anbetracht der jetzigen Weltlage einen guten Vorschlag macht und der (Un)kultur der Gewalt etwas entgegensetzt.

Mit zwei Enthaltungen bei 82 Ja wird die Initiative angenommen.

Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee

Anne-Catherine Menétrey weist darauf hin, dass sich seit letzter Abstimmung die Welt sehr geändert hat. Die Gefahren sind ganz anderer Art. Gegen Terrorismus hat die Armee keine Chance. Es besteht ein Missverhältnis des Militär- gegenüber den Friedensengagement. Auch das Projekt Armee XXI ändert daran nichts.

Sicherheit zu schaffen ist Aufgabe der Zivilgesellschaft, nicht der Armee.

Für ein Nein zur Initiative sprechen sich Herbert Bühl, Claudius Schauffler und Ruedi Vöggtlin aus. Fernand Cuche plädiert für ein Ja aus ethischen, aber auch aus strategischen Gründen.

Mit 57 Ja bei 12 Nein und 13 Enthaltungen sprechen sich die Delegierten für die zweite Armeeabschaffungs- Initiative aus.

Für eine Kapitalgewinnsteuer

Ruth Genner: Besteuert wird bei uns nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Bei den Kapitalgewinnen wurde bis jetzt eine Ausnahme gemacht. Mit dieser Ungerechtigkeit soll es nach Meinung der Initianten aber vorbei sein.

Mit 76 Ja Stimmen wird die Initiative einstimmig gutgeheissen.

Bundesbeschluss für eine Schuldenbremse

Patrice Mugny stellt klar, dass wir als Grüne gegen Schulden und bereit sind, zur Reduktion der Schulden beizutragen. Wenn aber im Parlament auf der Einnahmenseite beträchtlich reduziert wird, wie dies geschehen ist, so sind wir nicht bereit, diese widersprüchliche Haltung zu unterstützen und damit beizutragen, dass wichtige und nötige Leistungen gestrichen werden. Es ist nicht etwa so, dass wir mit diesem Instrument etwa Projekte, für die wir Grünen kein Geld ausgeben wollen verhindern könnten. Die Machtverhältnisse im Parlament sind nicht so, dass wir uns durchsetzen könnten.

Pierre Santschi, enthält sich der Stimme aus taktischen Gründen.

Philipp Federer, Iren Eichenberger plädieren für ein Ja zur Schuldenbremse.

Mit 71 Nein zu 7 Ja bei 7 Enthaltungen sprechen sich die Delegierten gegen die Schuldenbremse aus.

8. Varia

Resolution zu den Papierlosen

Anne-Catherine Menétrey stellt die Resolution vor, die ein Ausschaffungs-Moratorium verlangt. Wir sind die einzige Partei, die die Bewegung der Papierlosen von Anbeginn an unterstützt hat. Die Grünen fordern eine Regelung für die jetzt in der Schweiz lebenden Sans-Papiers, sie fordern aber den Bundesrat auch auf, ein Migrationsgesetz auszuarbeiten, das verhindert, dass noch mehr Menschen in diese unwürdige Situation kommen.

Herbert Bühl, Regierungsrat SH, ist mit einer Globallösung nicht einverstanden und äussert sich kritisch gegenüber der Resolution. Andere VotantInnen äussern sich zu einzelnen Aspekten der Sans-Papiers-Problematik im Sinne der Resolution.

Mit 60 Ja gegen 4 Nein bei 5 Enthaltungen wird die Resolution verabschiedet.

Resolution zum Krieg in Afghanistan

Die Resolution wird einstimmig, unter Berücksichtigung kleinerer redaktioneller Änderungen, angenommen.

Christian van Singer (VD) wünscht, dass sich die Delegiertenversammlung klar und deutlich für eine Verlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene ausspricht. Eine Resolution der Tessiner Grünen zu diesem Thema wurde dem Sekretariat zu spät eingereicht. Giorgio Canonica (TI) richtet sich an das neugewählte Präsidium mit der Bitte, gemeinsam mit den Umweltverbänden für den Monat Dezember eine grosse Demonstration in Airolo und Göschenen zu organisieren.

Bern, Dezember 2001 / Gabriela Bader